



Dem Wachstum Grenzen setzen

Kommunen können sehr wohl aus eigener Kraft weitere Massentierställe verhindern

Ein Umdenken hat in einigen Gemeinden schon eingesetzt: Die Tierhaltung ist ihnen zu „intensiv“ geworden.

Von Thomas Haselerr

Oldenburg. Allenfalls Punktziele haben Gegner der Massentierhaltung bisher erzielt, wenn es darum ging, weitere Ställe in der ohnehin noch verdichteten Tierhaltungsregion Weser-Ems zu verhindern. Am Ende eines jeden Jahres war die Zahl der Ställe und Tiere dennoch wieder gestiegen. Jetzt kommt langsam der Umdenkungsprozess in den Kommunen. Seit den diversen Seuchenzügen dämmert es den Verantwortlichen in den Rathäusern, wie fragil der wirtschaftliche Zugewinn ist, den die Agrarindustrie ohne Zweifel in die öffentlichen Kassen fließen lässt.

Bisher haben Städte und Gemeinden stets nach dem Gesetzgeber gerufen, der die Voraussetzungen schaffen müsse, der Massentierhaltung mit Hilfe neuer Paragrafen Grenzen zu setzen. Doch der weist auf die bestehenden planungsrechtlichen Instrumentarien hin, die ausreichen, um eine weitere Verdichtung zu stoppen. Bei einem Seminar „Stopp der Massentierhaltung?“ mit annähernd 100 Vertretern von Kommunen aus Weser-Ems, das noch bis



Ställe mit Zigtausenden Legehennen und Hähnchen führen immer wieder zu Protesten aus der Bevölkerung, die auch ihre Gesundheit gefährdet sieht.
Bild: Archiv

heute im alten Landtag in Oldenburg stattfindet, sagte gestern Professor Hans-Georg Gierke, Ministerialdirigent im niedersächsischen Innenministerium, mit der Aufstellung neuer bzw. Überarbeitung bestehender Flächennutzungspläne hätten Kommunen ein wirksames Instrument, die Intensivtierhaltung zu begrenzen. Dies setze jedoch detaillierte Planungen voraus, die im Zweifel auch gerichtsfest sein müssten. Das

sei bisher nur in Ausnahmefällen geschehen. Inzwischen haben aber Städte und Gemeinden wie die Stadt Friesoythe und die Gemeinden Garrel und Lindern im Kreis Cloppenburg damit begonnen.

Lothar Trinter, Baudirektor bei der Bezirksregierung Weser-Ems, erklärte, im Kern gehe es um die Interessenlage. Während beispielsweise an der Küste Kommunen im Interesse des Tourismus eher bereit seien, planungsrechtlich

die Massentierhaltung zu begrenzen, sei in den hochverdichteten Intensivtierhaltungsregionen bisher wenig Bereitschaft dazu erkennbar gewesen. Langsam jedoch dämmere es den politisch Verantwortlichen, dass eine Grenze erreicht sei und die Genehmigung weiterer Ställe zu mehr Problemen als Gewinn führe. Bestehende Anlagen aufzuheben, sei am Ende ungleich schwieriger, als neue zu verhindern.